

# SPD demokratischer Pressedienst

P/XXIX/22

31. Januar 1974

Reform, Staat und Jungsozialisten

-----  
Juso-Bundeskonzferenz 1974 - Versuch einer ersten  
Grundsatzbilanz

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Bayern

Seite 1 bis 1b / 134 Zeilen

Die neue Geheimwaffe der Union

-----  
"Projektgruppe Semantik" soll Artikulationshilfe  
leisten

Seite 2 / 42 Zeilen

Diskussionsbeitrag: Geschwindigkeitsbeschränkung aufheben

-----  
Zum Thema Verkehrspolitik und Kurzarbeit in der Autoin-  
dustrie

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 3 / 44 Zeilen

Zwischen Studium und Leistungssport

-----  
Individualentscheidung jedes Spitzensportlers

Von Heidi Schüller

Arbeitsgruppenmitglied des Sportbeirates beim SPD-  
Parteivorstand

Seite 4 und 5 / 54 Zeilen

Reform, Staat und Jungsozialisten

Juso-Bundeskongferenz 1974 - Versuch einer ersten Grundsatzbilanz

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Bayern

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten in der SPD ist seit dem Abrücken dieser Organisation von der Mutterpartei 1969 ein zentrales Ereignis für die fundamental-oppositionelle Linke der Bundesrepublik. Nach dem Zerfall der pazifistischen Gruppierungen und "Kampagnen" der fünfziger Jahre, nach der Selbsterstörung der Studentenbewegung seit 1968 und bei der erhaltenden politisch-moralischen Korruption des deutschen Kommunismus schienen die Jungsozialisten die einzige reale politische Kraft zu sein, die sozialistische Theorie und Praxis miteinander verbinden konnten. Deshalb auch der Zulauf aus der außerparlamentarischen Opposition. Können die Jungsozialisten nach dem Bundeskongreß 1974 diesen Anspruch noch erheben?

Charakteristisch für die Stimmung auf dem Kongreß waren die ebenso solidariischen wie vergeblichen Versuche der etablierten SPD-Linken, wenigstens den links-liberalen Journalisten das Geschehen zu übersetzen. Die konservativen Berichtersteller, das war klar, waren nicht zu gewinnen; von den Zitatenslieferanten der politischen Gegenseite, die eifrig mitschrieben, nicht zu reden. Aber auch die gutwilligen "Liberalen" verstanden diese Welt nur selten. Die in der Sprache gespielte politische Entfremdung der links-liberalen Öffentlichkeit von der Juso-Öffentlichkeit wächst. Und bekanntlich wachsen mit der Entfremdung auch die gegenseitigen Aggressionen.

Die interessanteste politische Auseinandersetzung des Münchner Kongresses ging um die Schicksalsfrage des Reformismus: Wie reformoffen der Staat im Kapitalismus sei. Die Jungsozialisten beschlossen "als Grundlage" ihrer Diskussion einen vergleichsweise realistischen (und vor allem von den Bezirken Hessen-Süd, Schleswig-Holstein, Südbayern, Baden-Württemberg getragenen) Antrag, der denn am nächsten Tag durch die wesentlichsten Passagen eines inhaltlich gegensätzlichen Antrags "bereichert" wurde. So gerieten die - zuerst abgelehnten - Thesen, denen zufolge der Staat weitgehend ein Vollzugsorgan des Kapitals sei, wieder in die Beschlußformulierung. Ergebnis: Der Kongreß wird in dieser wichtigen Frage für die vielen Juso-Arbeitsgemeinschaften im Land keine Orientierung bieten - es wurde sozusagen für jeden etwas beschlossen.

Zwei Ergebnisse des Kongresses fallen besonders aus:

1/ Der alte Juso-Bundesausschuss hat ohne Zweifel den Versuch gemacht, anti-reformistische Illusionen, die in den Beschlüssen des Münchner Kongresses

von 1969 angelegt waren, aufgrund der Erfahrung der letzten vier Jahre zu korrigieren. Die alte Jusco-Spitze ist in den linken Flügel der SPD heute weitgehend integriert, und Männer wie der niederschlesische SPD-Landesvorsitzende Prof. Dr. Peter von Datzon oder der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen räumen ohne Zimperlichkeit ein, daß sie "Reformisten" sind. Der bisherige Jusco-Bundesvorsitzende Wolfgang Roth und das wiedergewählte Jusco-Vorstandsmitglied Johann Strasser hatten deshalb einen Antrag Nr. 32 formuliert, in dem die pauschale Kennzeichnung des Staats als Instrument der Monopole klar verworfen wird. Nur: Sie waren gezwungen, diesen Antrag zurückzuziehen: er wäre ohne Zweifel abgelehnt worden. Die Jusco-Spitze befand sich mit diesem Antrag einige Schritte zuviel vor dem Erkenntnisstand der Mehrheit, die auch angesichts ernüchternder Erfahrungen mit der "Massenmobilisierung" nicht von liebgeordneten Idealen lassen wollte. Wer die Jungsozialisten kennt, versteht das Motiv dieses Rückzugs: Man wollte dem politischen Gegner - der eine Ablehnung des Antrages groß herausgestellt hätte - keine Argumente liefern und, man fürchtet, daß eine Radikalkur an Realismus das kritische Potential der Jungsozialisten vermindern könnte. Auch will man das Thema noch weiter diskutieren. Aber werden diese Motive der Öffentlichkeit noch zu vermitteln sein?

2/ Das Handeln und Failschen um Vorstandesitze und Wahlbündnisse beeinflußt bei den Jungsozialisten wie bei anderen politischen Organisationen die inhaltliche Diskussion schwerwiegend. Den politischen Praktiker überrascht dies natürlich wenig, er hat nie angenommen, daß hier plötzlich eine politische Generation mit einer neuen Moral auf den Plan tritt. Mit diesem Anspruch traten manche Jungsozialisten aber auf. Spätestens dieser Bundeskongreß hat gezeigt, daß es bei den Jungsozialisten zugeht wie überall: Inhaltliche Positionen werden oft bedenkenlos aufgegeben, wenn die Ausbalancierung des innerorganisatorischen Gleichgewichtes dies verlangt. Es ist unbillig, dies den Jusco schärfer anzukreiden als anderen. Aber der Lack eines besonderen politisch-moralischen Anspruchs ist ab.

Wer diesen Bundeskongreß beobachtet hat, weiß, daß die Jungsozialisten nach wie vor ein wichtiges, unübersehbares Potential für die Sozialdemokratie darstellen: Viel von denen, die heute unter ihren innerorganisatorischen Zwängen inkonsequente Positionen vertreten, werden in wenigen Jahren an hervorragender Stelle für einen demokratischen Reformsozialismus kämpfen. Die erzieherische Kraft der Reformistischen Arbeiterbewegung ist ungebrochen. Deswegen muß die Sozialdemokratie - einschließlich ihrer Jugendorganisation - als Organ der offenen Willensbildung (mit einem ausreichenden Freiheitspielraum) erhalten bleiben. Rundumschläge gegen die Jungsozialisten hätten verheerende Folgen. Andererseits muß diese Sozialdemokratie aber auch handlungsfähig bleiben, sie darf nicht zu einem Dachverband über verschiedenen "Richtungsarbeitsgemeinschaften" degenerieren. Die besinnungslos, auf die Mittelklassen gezielte Anti-Links-Propaganda der Konservativen wird in der Bundesrepublik nicht wirkungslos bleiben. Und die SPD darf nicht nur um ihr inner-

organisatorisches Gleichgewicht besorgt sein, sie muß auch Macht ausüben, um Veränderungen herbeiführen zu können. Dies bedeutet: Sie darf nicht zulassen, daß die Jungsozialisten die politische Wirklichkeit verfehlen und das Bild der Reformpartei in der Öffentlichkeit verwischen.

Leider ist diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen - auch wenn man einräumt, daß manche Entscheidung des Jusokongresses auf Grund einer aus Trotz gegen den Vorstand geborenen Zufallmehrheit zustandkam. Beim Thema "Investitionskontrolle" war nur eine knappe Mehrheit bereit, "Investitionskontrolle" nicht als "systemstabilisierend" zu verwerfen - obwohl erstens kaum jemand weiß, wie "Investitionskontrolle" zu praktizieren wäre, und obwohl zweitens selbst die bescheidenste Forderung in dieser Richtung heute auf den massiven Widerstand starker Wirtschaftskreise treffen würde.

Wo selbst das kaum durchsetzbare als halbherzig verworfen wird, verwandelt sich Politik in ohnmächtige Interpretation der Welt - wo doch Veränderung notwendig wäre! In solcher Atmosphäre ist es dann selbstverständlich, daß die Mitbestimmungslösung, die Bundesarbeitsminister und SPD-Präsidiumsmitglied Walter Arendt mit der FDP ausgehandelt hat, zum Verrat an sozialdemokratischen Prinzipien wird, während ein Verzicht auf Mitbestimmung (das wäre nämlich für zig Jahre die Alternative) dem Prinzip entspräche. Dazu muß man kommentieren: Umso schlimmer für solche Prinzipien.

Die Jungsozialisten befinden sich heute in der Situation der SPD zur Zeit des Revisionismusstreites oder des Heidelberger Programms: Ihre besten Köpfe haben erkannt, daß nur eine reformistische Strategie die "verkorpelte" Wirklichkeit dieser Gesellschaft verändern kann. Aber sie sind noch nicht in der Lage, dieses Erkenntnis bei der Mehrheit ihrer Basis durchzusetzen. Roth, Strasser, Voigt und ihre Mitstreiter müssen heute praktizieren, was Ignaz Auer einst Bernstein riet: "Mein lieber Eda, das was Du verlangst, so etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man..."

Aber müssen die Jungsozialisten von 1974 wirklich den Weg von Heidelberg nach Godesberg nochmals gehen? Er war damals steinig - und blutig. Er würde es auch diesmal.  
(-/31.1.1974/ke/pr)

+ + +

### Die neue Geheimwaffe der Union

---

#### "Projektgruppe Semantik" soll Artikulationshilfe leisten

Der CDU-Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl, sein Stellvertreter Dr. Hans Filbinger und der Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf haben jetzt einen Zipfel des Geheimnisses zum Erfolg, lies: zur Rückkehr an die Macht, entdeckt: die Sprache. Jüngst stellten Anthropologen, wenn auch ohne erkennbaren Zusammenhang mit der Union, die These auf, daß der Neandertaler ausgestorben sei, weil er sich sprachlich ungenügend entwickelt hätte. Daran kann etwas sein. Man denke nur daran, daß sich diese Frühzeitgenossen bei der Jagd oder beim Pilzesammeln die falschen Parolen zuriefen; lange konnten sie es so natürlich nicht treiben.

Für das Erjagen und Sammeln von Wählerstimmen mag Ähnliches gelten, wird sich die CDU gesagt haben, und sie beschloß auf Anraten der drei erwähnten Politiker die Bildung einer "Projektgruppe Semantik", die dem Unternehmen nach auch bereits ihre Arbeit aufgenommen hat. Das Gremium - ein Sprachwissenschaftler, ein Soziologe, ein Politmanager und ein Experte der Datenverarbeitung - analysiert erfolgreiche Reden des Bundeskanzlers Willy Brandt und seines Vorgängers Prof. Dr. Ludwig Erhard. Eine Zeitung, die es mit der Union nicht böse meint, berichtet, daß nach Ansicht der Wissenschaftler der Erfolg dieser Reden auf "bestimmten sprachlichen Bausteinen" beruhe. So seien der von den Sozialdemokraten gebrauchte Begriff "Barmherzigkeit" und ihre Wahlkampflosung "Wir schaffen das moderne Deutschland" solche goldenen Worte. Die "Projektgruppe Semantik" soll nun der CDU bis 1975 Gleichwertiges liefern.

Es sei dahingestellt, wieviele Wählerstimmen etwa die besagte SPD-Wahlkampflosung als solche gebracht haben mag, von entscheidender Bedeutung ist, was hinter den schönen Versprechen in Wahlkampfzeiten steht. Eine Werbewirksamkeit einprägsamer Begriffe, treffender Benennungen von Sachverhalten und Zielen ist nicht zu bestreiten, das wissen gerade die Sozialdemokraten, die eben nie die geschicktesten "Verkäufer" ihrer Erfolge waren, aber zu jeder Zeit den Menschen etwas zu bieten hatten: Keine Ersatzreligion und keine Heilslehre, aber eine Politik, die auf festen Wertvorstellungen vom Menschen - von seinem Streben nach Freiheit, von der Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit und der Möglichkeit zur Solidarität - gründet.

Davon kann bei der Union nicht im Ernst die Rede sein. In ihrem Programm, soweit hier ein solcher konturierter Begriff überhaupt am Platze ist, manifestiert sich nach wie vor die Auffassung, daß es nun einmal solche und solche, Privilegierte und Haloten, geben müsse. Auch die gegenwärtigen Rückgriffe auf gewisse Aussagen des bürgerlichen Liberalismus können diesen Tatbestand nicht verdecken. Was bleibt hier einer "Projektgruppe Semantik" anderes übrig, als smarte Slogans von der Qualität der Werbung für Erfrischungsgetränke und Waschmittel auszutüfteln! Damit kann man nur Luft in Flaschen verkaufen, wobei die einzige Frage ist, ob die Flaschen aus geschliffenem Glas oder aus Plastik sein werden.

Claus Preller  
(-/31.1.1974/bgy/pr)

+ + +

Diskussionsbeitrag: Geschwindigkeitsbeschränkung aufheben

Zum Thema Verkehrspolitik und Kurzarbeit in der Autoindustrie

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Aus der Überbewertung des Pkw in den letzten 20 Jahren droht sich nunmehr ein Ideologisierungsprozess gegen das Auto herauszubilden. Dabei kommen verkehrs-, wirtschafts- und finanzpolitische Überlegungen zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nach dem Ziel, das sie anpeilen. Es steht fest, daß die staatliche Förderung des öffentlichen Nahverkehrs vorrangig zu handhaben ist. Es steht aber gleichzeitig fest, daß der Pkw nicht aus unserer wirtschaftlichen Entwicklung wegzudenken ist, wenn die Bundesrepublik nicht auf die Stufe eines Entwicklungslandes absinken und die große beschäftigungspolitische Bedeutung der Automobilfabriken und ihrer Zulieferer und Nebenindustrien gefährden will.

Neben vielen anderen Ursachen - Kraftfahrzeug-Steuerreform, höhere Versicherungstarife, gestiegene Anschaffungs- und Unterhaltungskosten - wirken sich die mit der Ölkrise verhängten administrativen Maßnahmen, also Fahrverbot und Geschwindigkeitsbegrenzung besonders negativ aus. Erfreulicherweise beabsichtigt die Bundesregierung ein Fahrverbot vorerst nicht mehr in Kraft zu setzen. Nach wie vor wirkt sich aber die Geschwindigkeitsbegrenzung absatzmindernd aus und trägt dazu bei, die Sicherheit der Arbeitsplätze zu gefährden, wie die jüngsten Anzeigen über die Einführung der Kurzarbeit in der Autoindustrie beweisen.

Das Bundesverkehrsministerium will die Geschwindigkeitsbegrenzung aufrechterhalten, weil 1/ durch die Geschwindigkeitsbegrenzung der nach wie vor knappen Ölversorgung Rechnung getragen werden soll und weil 2/ die Auswirkungen der Geschwindigkeitsbegrenzung einer sorgfältigen Analyse bedürfen.

Zu 1: Von einer Treibstoffverknappung ist wenig zu spüren. Der Preis hat sich als Regulativ leider viel stärker als wünschenswert eingeschaltet. Maßnahmen sollten sich also nicht gegen den Autofahrer, sondern gegen die exzessiven Gewinne der Ölgesellschaften wenden und diese zwingen, ihre Kalkulations- und Gewinnrechnung offenzulegen. Nicht über den Treibstoff, sondern über den Preis und damit zum Nachteil der meisten Menschen in unserem Land ist die Rationalisierung erfolgt.

Zu 2: Äußerungen aus dem Bundesverkehrsministerium, daß nach vorsichtiger Schätzung die Zahl der Unfalltoten im November um 23 vH. und im Dezember um mindestens 25 vH. gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zurückgegangen sei, sind zu pauschal, ebenso wie die Erklärung, daß die Erhaltung menschlichen Lebens wichtiger als "ökonomische und Gruppeninteressen" sei. Es ist nicht möglich, solch kurzfristige Analysen zu stellen, zumal sich in der gleichen Zeit die 0,8-Promille-Grenze und das Sonntagsfahrverbot auswirkten. Die vom Bundesverkehrsministerium vorgelegten Statistiken sind noch ohne Aussagewert, zumal sie weder die Unfallursachen noch sonstiges Fahrverhalten in dieser kurzen Zeit berücksichtigen konnten. Es gibt bessere internationale Statistiken von Staaten, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung - allerdings höher - seit langem kennen. Die Geschwindigkeitsbegrenzung ist demnach nur noch ein statistisches Problem. Dazu darf sie nicht mißbraucht werden, und sie sollte deshalb schleunigst aufgehoben werden.

(-/31.1.1974/bgy/pr)

## Zwischen Studium und Leistungssport

---

### Individualentscheidung jedes Spitzensportlers

Von Heidi Schüller

Arbeitsgruppenmitglied des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Es kann kaum behauptet werden, die Gesellschaft interessiere sich nicht für die Spitzensportler. Dieses Interesse muß nicht unbedingt nur sportlich sein, dafür sorgen die Massenmedien, die Werbung und nicht selten Politiker; insbesondere wenn Fotografen und Kameras in der Nähe sind. Mancher Sportler ist in die Leistungsspitze vorgedrungen und weiß gar nicht genau, wie er dahin gekommen ist. In der Schule ist er ein wenig schneller gelaufen als die anderen, im Sportverein war er ebenfalls einer der schnellsten. Den Rest nahmen die Trainer und Funktionäre in die Hand, und dann gehts fast wie von selbst: Wettkämpfe, Lehrgänge, man gerät in die Kartellkästen der Verbandstrainer, Leistungsgruppen, Kader und Nationalmannschaft runden das leistungssportliche Bild ab.

Auch die Deutsche Sporthilfe trägt dazu bei, daß man auf Trab bleibt: Ihre Zuwendungen bemessen sich nach den Leistungen des Sportlers. Anreize gibt es genug, denn wer reist nicht gern, besonders in jungen Jahren. Aber es gibt nur wenige Sportler, die die harte Arbeit bereuen, es macht eben Spaß, mit "oben" zu sein, wie es im Jargon so heißt. Wer den Willen und das Talent zum Leistungssport hat, muß schon sehr früh damit anfangen. Nicht selten kommt die Ausbildung in Schule und Beruf zu kurz. Diese Probleme werden in Schulzeugnissen und allzu oft bei Schwierigkeiten am Arbeitsplatz sichtbar. Verständnisvolle Lehrer und Dozenten können zwar gelegentlich darüber hinwegsehen, daß beispielsweise der Leichtathlet im Sommer an jedem Wochenende auf Wettkampfreise ist, oft sogar von Donnerstag bis Montag; aber sicherstellen, daß dennoch genügend Wissen in den Kopf hinsinkommt, diese Gewähr gibt es eben nicht. Für einen Studienplatz in einem der numerus-clausus-Fächer

braucht man nun einmal einen respektablen Zensurenschnitt im Reifezeugnis. Eine generelle Ausnahmeregelung für Spitzensportler halte ich für bedenklich.

Wenn der Spitzensportler immatrikuliert ist, sieht es gelegentlich schon etwas günstiger aus. Auch Nichtsportler verbummeln ja hin und wieder ein Semester; aber bei der Examennote fragt kaum einer nach den Wettkampferfolgen im Sport. Ein Mediziner mag ein noch so guter Schwimmer oder Leichtathlet sein, im Examen sind eben medizinische Kenntnisse und weniger Sport-erfolge gefragt; den künftigen Patienten wäre eine umgekehrte Reihenfolge ebenfalls wenig nützlich. Unterstützende Maßnahmen könnten sich beispielsweise in einer verstärkten Anwendung des Fernstudiums bewegen; allerdings nur in den dafür geeigneten Studienfächern. Eine besondere sinnvolle Hilfe für den Spitzensportler in Schule oder Studium sehe ich in einem Zusatzunterricht unter pädagogischer bzw. wissenschaftlicher Anleitung. Es kommt aber mit Sicherheit der Punkt, wo es heißt, Europameisterschaft oder Physikum, einige Wochen Südamerika oder Praktikum im Krankenhaus. Die Entscheidung hat jeder Sportler selbst zu treffen, auch die vielfachen Förderungsmaßnahmen können in einer solchen Phase kaum helfen. Gut gemeinte Versprechungen der Trainer und Funktionäre, man werde sich hier verwenden und dort einsetzen, den Prüfungstermin könne man mit Sicherheit noch nachholen, diese Versprechungen sind überwiegend eben nur gut gemeint, aber selten durchführbar.

Sport als Mittel der Freizeitgestaltung ist eine Seite, der Leistungssport ist das andere, härtere Problem. Wer für den Sport mehr als die Freizeit aufwendet, muß bedenken, daß die Ausbildung wenigstens zeitweise zu kurz kommt. Die Alternative kann nach meiner Auffassung dann nur so lauten: Der Sport wird zum Beruf. Meinen Vorstellungen würde dies allerdings nicht entsprechen. Also steht fast jeder Amateursportler zwangsläufig einmal vor der Frage, wann er mit dem Leistungssport aufhören soll, falls er ihn nicht als Beruf ausüben will. Ich sehe gegenwärtig nicht, daß dem einzelnen Sportler eine solche Entscheidung abgenommen werden kann. (-/31.1.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert